



Gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die Allgemeinheit:

„Die Banken profitieren und die kleinen Leute verlieren“

Während Banken und Spekulanten mit öffentlichen Geldern in astronomischer Höhe aus der Patsche geholfen wird, wollen die Regierungen die Kosten der Krise auf die Mehrheit der einfachen Bevölkerung abwälzen.

Das bekommen wir in vielen Bereichen zu spüren: mit Kopfpauschale und Zwei-Klassen-Medizin, mit Kürzungen in der Bildung bis zu den Hochschulen, mit dem Ausbluten kommunaler Dienstleistungen, der Rente mit 67 sowie dem Mangel an guten Arbeits- und Ausbildungsplätzen.

Damit die Banken nicht länger profitieren, während die kleinen Leute immer mehr verlieren, braucht es unseren Widerstand,“ meint Sabine Leidig, Bundestagsabgeordnete der Hessischen LINKEN. Solidarisch und kämpferisch hier und auch in Griechenland!“

Und so macht die Krise doch auch Hoffnung, weil immer mehr Menschen

beginnen, sich gemeinsam zu wehren. „Menschen vor Profite“ wird praktisch.

Als LINKE sind wir in Hessen aktiv dabei. Mit vielen kleinen Aktivitäten, denn so fängt es an. Beim Protest gegen die Verlängerung für Atomkraftwerke, bei den Bildungstreiks und vor Ort gegen den Kürzungszwang in Städten und Gemeinden. Am 12. Juni auf der Demonstration „Wir zahlen nicht für eure Krise!“ können wir mit allen Verbündeten im Kampf für soziale Gerechtigkeit zusammenkommen. Ob in Stuttgart oder Berlin.

Der Landesvorstand der LINKEN in Hessen unterstützt die Mobilisierung. Auch dort werden wir uns wiedersehen!

Termine im Juni:

9. Juni:
Bundesweiter Bildungstreik in allen Uni-Städten

11. und 12. Juni:
Forum der RLS in Wiesbaden: Anforderungen an deutsche Friedenspolitik“

12. Juni:
„Wir zahlen nicht für Eure Krise“ Stuttgart und Berlin

12. und 19. Juni:
Linke Kommunalpolitik“
Regionalkonferenzen in Darmstadt und Giessen

11. und 18. und 25. Juni:
Frauenkonferenzen in Süd-, Mittel- und Nordhessen

Alle Termine und Infos unter www.die-linke-hessen.de



DIE LINKE gegen Gesundheitskürzungen

Auch durch die Privatisierung von Krankenhäusern sind Gesundheitskürzungen längst Realität geworden, wie Frauen in Büdingen erfahren müssen. Dort wird das Mathilden Hospital vom schwedischen Capio-Krankenhausnetz betrieben. Von Gabi Faulhaber.

Zum 1.1.2010 wurde die Geburtenstation geschlossen. Sie war „zu teuer“, bzw. warf nicht den erwarteten Gewinn ab.

Hebammen und Kinderärzte kosten Geld. Die Krankenkassen zahlen zu wenig, als dass sich die Gewinnmargen privater, profitorientierter Firmen erfüllen würden. Schon der Vorbesitzer hatte versucht, höhere Gewinne aus dem Krankenhaus zu ziehen. Die Personaldecke wurde ausgedünnt. Als Grund wurde der Geburtenrückgang angegeben.

Die Geburtenrate ging in Deutschland in den letzten Jahren überall zurück. Sollen jetzt überall die Geburtenstationen, die eine wohnortnahe Versorgung der Frauen gewährleisten, geschlossen werden?

Die Schließung der Geburtenstation in Büdingen ist für die ländliche Region schwer zu verkraften. Die Frauen müssen jetzt weite Strecken in Kauf nehmen, um zu entbinden. In Notfällen gibt es keine wohnortnahe Versorgung mehr.

Der Bürgermeister der Stadt Büdingen fand die Schließung der Geburten-

station „schade“. Mehr Engagement für eine gute Gesundheitsversorgung hatte er nicht zu bieten.

DIE LINKE im Wetteraukreis protestierte gegen die Verschlechterung des Gesundheitsangebots mit einem Infostand und Flugblättern. Gesundheit darf keine Ware sein! Schwarz-Gelb macht krank!

Damit wandten wir uns auch gegen die Pläne der örtlichen Koalition aus CDU, FDP und Freien Wählern, als nächstes den städtischen Pflegedienst zu privatisieren.

Die Kopfpauschale ist noch nicht vom Tisch!

Von Tobias Paul.

Wenn die von Schwarz-Gelb geplante Zerstörung der gesetzlichen Krankenversicherung durchgesetzt würde, also der Arbeitgeberbeitrag eingefroren und eine Kopfpauschale oder eine „Zusatzprämie“ von den Versicherten gezahlt werden müsste, dann würde Gesundheit immer mehr zur Ware. Gute Gesundheit“ können sich dann nur noch diejenigen leisten, die Geld haben, um sie zu kaufen.



Die KopfpAuschale! in Frankfurt.

Dagegen macht ein DGB-Bündnis mobil. DIE LINKE unterstützt aktiv den Widerstand gegen die Zerstörung des solidarischen Gesundheitssystems.

Im Landesverband Hessen haben schon über 20 Kreisverbände Informationsabende organisiert. Bei Aktionen und an Ständen wurden

Flyer verteilt und Unterschriften gesammelt. Der Protest muss sich übers ganze Land ausbreiten. Dafür können wir als LINKE viel tun.

Am 12. Juni werden hoffentlich viele Mitglieder aus Hessen in Stuttgart mitdemonstrieren, auch gegen die Kopfpauschale.

Liste unter www.die-linke-hessen.de

Impressum:

Herausgeber: DIE LINKE. Hessen

Redaktion: Gabi Faulhaber, Stefanie Haenisch, David Meinenreis, Emine Pektas, Björn Störmer, Charlotte Ullmann

Layout: Adrian Gabriel

Titelbild: Dietmar Treber

V.i.s.d.P.: Ulrich Wilken

Kontakt: mitgliederinfo@die-linke-hessen.de

Klein, aber sehr aktiv...“

DIE LINKE. Vogelsbergkreis über politische Höhen und Tiefen im größten Landkreis Hessens. Von Dietmar Schnell.



Von links nach Rechts: Otto Frank, Paul Weber, Yildiz Köremezli-Erkiner (Stadtverordnete Ffm), Dietmar Schnell, Hermann Schaus (MdL).

Wir sind ein kleiner Haufen. Etwa vierzig Personen, weit überwiegend Männer, in einem Kreis, der durch seine schiere Ausdehnung Probleme bereitet. Nicht selten müssen Mitglieder bis zu 60 Kilometer fahren, um an einer Mitgliederversammlung teilzunehmen. Das macht die Arbeit nicht eben einfach.

Dazu kommt: der Vogelsbergkreis bietet wenig Arbeitsplätze. Viele Mitglieder und SympathisantInnen müssen bis nach Frankfurt oder darüber hinaus pendeln. Da fehlen außerhalb der Arbeit oft die Zeit und die Muße, sich noch der Parteiarbeit zu widmen.

Dennoch haben wir in den vergangenen Jahren einiges auf die Beine gestellt. Die Arbeit ruht aber stets auf den Schultern Weniger.

Im Flächenkreis ist erfolgreiche Medienarbeit besonders wichtig

Zu den besonderen Erfolgen unserer Arbeit zähle ich unsere (fast) uneingeschränkte Akzeptanz in der hiesigen Medienlandschaft. Die Redakteure sind keine Sympathisanten von uns, aber wir haben uns einen guten Ruf erworben. Man attestiert uns Zuverlässigkeit, Geradlinigkeit und es gelingt uns immer wieder, wichtige Themen zu besetzen. Über die Presse und immer stärker auch über Internetportale etc.

die Menschen zu erreichen, ist für einen so kleinen Kreisverband in einem flächenmäßig so großen Kreis naturgemäß besonders wichtig.

Auf parlamentarischer Ebene sind wir mit einem Abgeordneten im Kreistag vertreten: Michael Riese. Der sitzt gleichzeitig über eine Bündnisliste mit Grünen und Unabhängigen, Alternative Liste Alsfeld (ALA) im dortigen Stadtparlament. Für die kommende Wahl wollen wir insbesondere auf Kreisebene die Zahl unserer Mandate deutlich erhöhen.

Dabei dürfte uns zu Gute kommen, dass wir mit Michael einen Vertreter in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Vogelsberg (ZAV) haben, der gemeinsam mit den Grünen die einzige Opposition gegen die neue unsoziale, ökologisch unsinnige Abfallsatzung bildet.

Hohe Bedeutung sozialer Bewegung für die politische Arbeit

Ich selbst gehöre außerdem zu den bekannten Aktiven der Bürgerinitiative „Vogelsberger Müllrebelln“. Die Müllrebelln sind die mit Abstand größte soziale Bewegung aller Zeiten im Kreis und dürften eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung hinter sich haben.

www.linke-vogelsberg.de
www.muellrebelln.de

nachgefragt

... bei Michael Riese, Kreistagsabgeordneter im Vogelsbergkreis und Stadtverordneter in Alsfeld.

Wo waren die Schwerpunkte Deiner kommunalpolitischen Arbeit in dieser Legislatur?

Themen zur regionalen Arbeitsmarktpolitik und die kritische Begleitung der Arbeit der Kommunalen Vermittlungsagentur, die Probleme der gesundheitlichen Versorgung im Vogelsberg, hier vor allem der rapide Wegfall von Arztpraxen sowie die drohende Privatisierung des Kreiskrankenhauses. Zudem spielen Initiativen zu Rekommunalisierung in den Bereichen Energie, Gesundheit, und Abfall eine sehr wichtige Rolle. Bleibt noch das große Thema der missratenen neuen Abfallsatzung des Abfallzweckverbandes.

Wie ist das Verhältnis zu den GuG, die nicht in der kommunalpolitischen Arbeit stecken? (Wie) werden sie beteiligt, was könnte man verbessern?

Das beschränkt sich zum größten Teil auf Informationen, da nur wenige sich aktiv an kommunalpolitischen Themen beteiligen wollen. Die Bedeutung kommunaler Vorgänge für die Demokratie und für unsere Akzeptanz in der Bevölkerung wird unterschätzt. Während wir manchmal große weltpolitische Themen wälzen, drohen wir in der Wirklichkeit Nachzügler statt Vorreiter zu werden.



Stoppt den Kahlschlag an der Uni!

10.000 Menschen am 11. Mai zum Protest in Wiesbaden. Ein Bericht von Maximilian Jablonski, SDS Marburg.

75 Millionen pro Jahr will die Landesregierung an der Bildung sparen, 30 Millionen davon an den Hochschulen. Für Studierende und Hochschulen bedeutet die Kürzung nun möglicherweise das Aus für ganze Fachbereiche.

Definitiv bedeutet es Einstellungsstopp trotz steigenden Studierendenzahlen und damit eine weitere Verschlechterung der Lernbedingungen. Für viele Hochschulen ist das Ende der Fahnenstange erreicht.

Deshalb haben in Marburg ProfessorInnen, Studierende und MitarbeiterInnen am 11. Mai zu einem Marsch auf die Landeshauptstadt aufgerufen. Der Studierendenverband SDS.DIE LINKE war in Marburg und Darmstadt zentral an der Mobilisierung beteiligt.

Über 10.000 Menschen aus den hessischen Uni-Städten protestierten lautstark und bunt gegen das Kürzungs-Diktat der Landesregierung. Die Präsidenten haben schließlich den Hochschulpakt eine Woche später unterschrieben, unter Protest.

Deshalb treiben wir die Proteste an den Unis und auf der Straße weiter. Wir fordern gute und freie Bildung für alle! Am 9. Juni geht es bundesweit in die nächste Runde.

Wir wehren uns - zusammen!

Frühjahr 2010: massive Angriffe auf die Lebensbedingungen von Millionen Menschen in den verschiedensten Bereichen. Viele beginnen sich gemeinsam zu wehren, an vielen Fronten. Dabei erkennen sie das Gemeinsame in ihren Interessen und wie gegenseitige Unterstützung und Solidarität den Kampf gegen die Abwälzung der Krisenlasten stärken kann.

Ein Bericht von Björn Störmer, Kreisverband Darmstadt

Da sie die einzige größere Zeitung in der Region ist, verfügt das **Darmstädter Echo** über ein Art Meinungsmonopol in der lokalen Berichterstattung. Kein Wunder, dass die Pläne des Unternehmens, 143 Kolleginnen und Kollegen aus der firmeneigenen Druckerei zu kündigen, zunächst nicht bekannt wurden.

In Rüsselsheim bauen der **Echo-Verlag** und die **Verlagsgruppe Rhein-Main** ein gemeinsames Druckzentrum, in dem sie mit deutlich weniger Personal drucken lassen wollen. Dabei hebeln sie den Kündigungsschutz der bisherigen Angestellten aus und versuchen, der Tarifbindung zu entfliehen, um wesentlich niedrigere Löhne zu zahlen. Den Beschäftigten des **Darmstädter Echos**, die dort zum Teil seit 30 Jahren Nachtarbeit leisten, wurde keine Übernahme angeboten.

Doch das Meinungsmonopol des Echos wurde gebrochen. Die AG Betrieb und Gewerkschaft und der Darmstädter Kreisverband der LINKEN bauten zusammen mit dem Betriebsrat, Gewerkschaften und anderen Gruppen und Einzelpersonen ein Solidaritätskomitee, um die Situation und den Kampf der Beschäftigten in der Stadt bekannt zu machen. Dessen erste Aktion war die Verteilung eines Flyers Was Echo-Leser nicht wissen sollen“ an 50.000 Haushalte. „Wenn die das wirklich machen, kündige ich mein Abo“, sagten nach der Aktion viele.

Es folgten Infostände, eine große Demonstration, Plakatierungen und Warnstreiks, immer mit der Unterstützung des Komitees. Mehrmals sprach auch Hermann Schaus zu den Streikenden und skandalisierte das Vorgehen im Landtag – ein wichtiger Beitrag zur Herstellung von Öffentlichkeit.



Inzwischen ist das Solidaritätskomitee gewachsen. KollegInnen von **Maximil** und **Schlecker** sind hinzugestoßen, um Solidarität im Kampf gegen die Verschärfung der Ausbeutung in ihren Betrieben zu organisieren.

Bei **Schlecker** sind erste Erfolge zu sehen. Nach zahlreichen Solidaritätsaktionen, die Mitglieder der LINKEN aktiv unterstützten (in Groß-Gerau, Hochheim, Oberzwehren, Frankfurt, Bad Vilbel, Gladenbach), und einer wirksamen Kampagne in der Öffentlichkeit konnten in Frankfurt endlich Betriebsräte durchgesetzt werden. Das Marburger Arbeitsgericht hat entschieden, dass vier Verkäuferinnen aus einem geschlossenen Schleckermarkt in die neue **XL-Schleckerfiliale** übernommen werden müssen, zumindest bis zum Entscheid im Hauptverfahren.

Die Strategie des Darmstädter Solidaritätskomitees und die aktive Hilfe der LINKEN bei der Vernetzung verschiedener Initiativen kann eine Perspektive für viele anstehende Klassenauseinandersetzungen werden. Auch für den Widerstand gegen den Sozialabbau in den Kommunen.